

Niederschrift
über die 6. Sitzung des Rates
der Gemeinde Waake in der Wahlperiode 2016 bis 2021
am Donnerstag, 26.10.2017, 20:00 Uhr,
Gemeindehaus Hacketalstraße 5a, 37136 Waake

Bürgermeister Johann-Karl Vietor
Ratsherr Dieter Birke
Ratsherr Wilhelm Desenritter
Ratsherr Emanuel Ebner
Ratsfrau Martina Ehlers, Verwaltungsvertreterin
Ratsfrau Kerstin Großelindemann
Ratsherr Jens Kluge
Ratsherr Thomas Georg Krull
Ratsherr Andreas Otte (fehlt entschuldigt)
Ratsherr Dirk Reuter
Ratsherr Dr. Markus Roth

Frau Elisabeth Scharlemann-Busse, Verwaltungsangestellte - Protokoll

Zuhörer: 4
Presse: 1

Beginn: 20:08 Uhr

Ende: 21:53 Uhr

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ratsmitglieder
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit
4. Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge
5. Genehmigung des Protokolls der 5. Sitzung des Rates in der Wahlperiode 2016 bis 2021 vom 26.10.2017
6. Mitteilungen des Bürgermeisters
7. Abschluss von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen mit dem Landkreis Göttingen über die Wahrnehmung von Aufgaben in der Jugendhilfe einschließlich einer Finanzvereinbarung [Vorlage Nr. 33/2017]
8. Ausweitung der Sonderöffnungszeiten des Kindergartens zum 01.10.2017 [Vorlage Nr. 34/2017]
9. Sachstandsmitteilung und Aussprache über das Ergebnis der Einwohnerbefragung zu den gemeindeeigenen Immobilien [Vorlage Nr. 35/2017]
10. Allgemeine Vorbefassung durch den Verwaltungsausschuss [Vorlage Nr. 36/2017]
11. Schulbussituation in Waake und in Bösinghausen [Vorlage Nr. 38/2017]
12. Einwohnerfragestunde:
Zuhörer haben die Gelegenheit Fragen an den Rat und die Verwaltung zu richten. Fragen, die den persönlichen Bereich betreffen, sind nicht zugelassen.
13. Behandlung von Anfragen
14. Schließung der Sitzung

Zu 1.: Eröffnung der Sitzung

BM Vietor eröffnet die 6. Sitzung des Rates um 20:08 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

Zu 2.: Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ratsmitglieder

BM Vietor stellt die ordnungsgemäße Ladung der anwesenden Ratsmitglieder fest. Ratsherr Otte fehle entschuldigt.

Zu 3.: Feststellung der Beschlussfähigkeit

BM Vietor stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Zu 4.: Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Da keine Anträge vorliegen, Einwände nicht erhoben wurden, stellt BM Vietor die Tagesordnung fest.

Zu 5.: Genehmigung des Protokolls der 5. Sitzung des Rates vom 07.09.2017

Ratsfrau Ehlers merkt zu TOP 9 - Neugestaltung der Internetseite der Gemeinde Waake - an, dass das Abstimmungsergebnis 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung lauten müsse, da sie sich enthalten habe.

Ratsherr Roth möchte im Protokoll festgestellt haben, dass der Rat sich im TOP 18 -Anfragen - dafür ausgesprochen habe, das Schloss an der Schranke zu schweißen. In der sich hieran anschließenden Diskussion wird festgehalten, dass Schloss mit einer Kette an der Schranke zu befestigen, um eine dauerhafte Schließung der Schranke zu ermöglichen.

Die Niederschrift über die 5. Sitzung des Rates vom 07.09.2017 wird in der so geänderten Fassung mit

10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

angenommen.

Zu 6.: Mitteilungen des Bürgermeisters an den Rat am 26.10.2017

Die nächste Ratssitzung muss auf den 07.12.2017 verlegt werden, da einige Entscheidungen anstehen, die noch vorbereitet werden müssen.

Der „Jour fixe“ am kommenden Donnerstag kann erst um 20:00 Uhr beginnen, da vorher die Findungskommission für den Ehrenamtspreis tagt.

Zu 7.: Abschluss von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen mit dem Landkreis Göttingen über die Wahrnehmung von Aufgaben in der Jugendhilfe einschließlich einer Finanzvereinbarung [Vorlage Nr. 33/2017]

BM Vietor merkt an, dass in der Einladung die zweite Seite der Vorlage 33/2017 fehlte, sie aber zu Beginn der Sitzung nachgereicht wurde.

BM Vietor fasst die Notwendigkeit einer neuen Vereinbarung zusammen und stellt fest, dass dem steigenden Zuschussbedarf der Gemeinden Rechnung getragen wird und für die Gemeinde Waake jährlich etwa EUR 30.000 für die Übernahme der öffentlichen Jugendhilfe zur Verfügung gestellt werden.

Ratsfrau Großelindemann merkt dazu an, dass es wichtig zu erwähnen sei, dass der Zuschuss nicht für die Schaffung neuer Kita-Plätze verwendet werden soll, sondern die laufenden Kosten damit bezuschusst werden.

Ratsherr Birke fragt nach, ob der Betrag noch zusätzlich zu dem im Haushalt veranschlagten Betrag dazu komme. BM Vietor bestätigt dieses, da der steigende Bedarf nicht von den Kommunen allein gezahlt werden könne. Die Kosten steigen, infolge der Zahl der betreuten Kinder und somit die Personalkosten. Auch die Betreuungsschlüssel hätten sich geändert. Der Gesetzgeber habe diese ungünstige Situation für die Kommunen erkannt und versucht so Unterstützung zu leisten.

Ratsherr Birke fragt, ob die Mittel an den Kindergarten gebunden seien. BM Vietor bejaht dies, verweist aber in Bezug auf Punkt 3. der Beschlussempfehlung auf die Sitzungsvorlage. Hier handele es sich um die Kosten des Jugendreferenten auf Samtgemeindeebene.

BM Vietor erläuterte, dass die Gemeinde die Alternative habe, der Vereinbarung nicht zuzustimmen. Dann werde jedoch eine Sonderkreisumlage erhoben, da die zur Zeit der Gemeinde obliegenden Aufgaben vom Landkreis übernommen werden müssten.

BM Vietor gibt das einstimmige Ergebnis des VA dazu bekannt und es folgt die Abstimmung.

Beschlussfassung:

Der Rat der Gemeinde beschließt, dem Abschluss der vorliegenden Vereinbarung zwischen der Samtgemeinde Radolfshausen und dem Landkreis Göttingen

1. über die Wahrnehmung von Aufgaben der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen des öffentlichen Jugendhilfeträgers

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung

2. über die Finanzierung der Wahrnehmung von Aufgaben der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen des öffentlichen Jugendhilfeträgers

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung

3. über die Wahrnehmung von Aufgaben der Jugendarbeit des öffentlichen Jugendhilfeträgers

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung

zuzustimmen.

Zu 8.: Ausweitung der Sonderöffnungszeiten des Kindergartens zum 01.10.2017 [Vorlage Nr. 34/2017]

BM Vietor berichtet, dass der VA am 26.10. 2017 sich mit diesem Thema befasst und es genehmigt habe. Die zusätzlichen Kosten für die zweite Betreuungskraft für die Sonderöffnungszeit von 7:30 bis 8:00 Uhr belaufen sich auf jährlich rd. EUR 2.600, also in diesem Jahr anteilig rd. EUR 600.

In der nun folgenden Diskussion berichtet Ratsherr Roth, dass bis jetzt immer die Betreuung für 10 Kinder von 7:30 bis 8:00 Uhr gewährleistet gewesen sei. Aufgrund der neuen Anmeldungen ergab sich nun ein weit höherer Bedarf. Dieser sei aber dadurch zu erklären, dass auf einem Beiblatt die Möglichkeit der erweiterten Betreuungszeit abgefragt würde und viele Eltern diese Möglichkeit gewählt hätten, obwohl sie die Sonderzeiten nicht wirklich benötigten, sondern etwas mehr Spielraum zum Bringen ihrer Kinder sich wünschten. So spiegele diese Art von Anmeldung nicht den tatsächlichen Bedarf wider. Gestern seien um diese Zeit auch erst drei Kinder gebracht worden. Er schlägt deshalb eine Elternumfrage vor, um den tatsächlichen Bedarf zu klären.

Ratsfrau Großelindemann geht auf die schwierige Lage des Kindergartens in der Vergangenheit ein und möchte daher der neuen Leiterin Zeit geben, die Lage zu klären. Eine Umfrage würde zu diesem Zeitpunkt einen Unruhefaktor darstellen. Außerdem haben die Kinder nach den jetzt geltenden Verträgen auch das Recht auf die längere Betreuungszeit.

Ratsfrau Ehlers habe mit Frau Müller die Anmeldungen geprüft und ist der Meinung, dass schon aus haftungsrechtlichen Gründen die Betreuung gewährleistet sein müsse. Da im nächsten Jahr verabredungsgemäß eine neue Beitragsordnung vor dem Hintergrund des stetig wachsenden Finanzierungsbedarfs durch die Gemeinde gefasst werden solle, werde man mit den Eltern diese Umstände dann noch einmal klären können.

Ratsherr Krull, dessen Kind auch den Kindergarten besucht und auch den derzeitigen Bedarf nicht erkennen kann, bittet dieses nur noch für dieses Jahr zu beschließen.

BM Vietor bemerkt dazu, dass eine Änderung der Beiträge vorgenommen werde, da die Beiträge infolge gesetzlicher Vorgaben nach Einkommen gestaffelt werden müssen. In dem Zuge könnten die Sonderöffnungszeiten berücksichtigt werden.

Ratsherr Reuter ist auch der Meinung, dass die Anmeldungen verbindlich seien und die Sonderöffnungszeiten für die Kinder zur Verfügung stehen müssen.

Ratsfrau Großelindemann als Kuratoriumsmitglied berichtet, dass die Befragung nächstes Jahr im Frühjahr geplant sei.

BM Vietor ergänzt, dass Frau Müller bereits Erfahrungen im Bereich des Qualitätsmanagements habe und der Prozess zur Einführung eines solchen Systems nun im Kindergarten angestoßen wurde. Darüber hinaus habe eine Begehung mit Mitarbeitern der Gemeindeunfallversicherung ergeben, dass Mängel besonders im Außenbereich an den Spielgeräten bestehen, da die einjährigen Kinder in der bisherigen Gestaltung nicht berücksichtigt worden seien. Es werde von einem Sanierungsaufwand der Spielgeräte und weiteren Einrichtungen in Höhe von rund EUR 20.000 ausgegangen, um diese Mängel zu beheben. Die Mitarbeiterinnen und die Leitung des Kindergartens unterliegen daher zur Zeit einer hohen Arbeitsbelastung.

Auf die Bitte von Rats Herrn Birke wird die derzeitige Situation zusammengefasst. Die reguläre Betreuungszeit beginnt um 8:00 Uhr. Die Sonderöffnungszeit ab 7:30 Uhr wurde bis jetzt von einer Betreuungskraft abgedeckt, nach den derzeitigen Anmeldungen ergab sich aber eine deutlich höhere Zahl an Kindern, die um diese Uhrzeit gebracht werden und so muss für die halbe Stunde eine zweite Kraft zur Verfügung stehen. Rats Herr Roth schlägt vor, es doch darauf ankommen zu lassen, denn die Anzahl der tatsächlich zu betreuenden Kinder sei an den meisten Tagen viel geringer. Dazu sei aber die Kirche als Träger und die Gemeindeverwaltung nicht bereit, erklärt BM Vietor. Er sieht eher die Notwendigkeit das Qualitätsmanagement zu etablieren und diese Diskussion über die Berechnung der Sonderöffnungszeiten ins Frühjahr zu verschieben. Er erkenne zwar die Notwendigkeit der Klärung der Umstände, doch möchte er der neuen Leitung die Zeit zur Einarbeitung geben. Vor dem Hintergrund der bis zum Sommer kommenden Jahres zu erwartenden Mehraufwendungen in Höhe von rd. EUR 1.800 sei eine spätere Befragung gerechtfertigt.

BM Vietor ergänzt, dass sich der VA einstimmig für die Beschlüsse ausgesprochen habe und bittet um Abstimmung.

Beschlussfassung:

1. Der Rat der Gemeinde nimmt den Beschluss des VA vom 26.09.2017 über die Genehmigung der zusätzlichen Personalausgaben für die Sonderöffnungszeiten des Kindergartens zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und keine Enthaltung

2. Der Rat der Gemeinde Waake beschließt, auf eine sofortige Refinanzierung der zusätzlich entstandenen Personalkosten zu verzichten und diese im Rahmen der Bedarfsermittlung der Sonderöffnungszeit im Frühjahr 2018 bei der Neugestaltung der Elternbeiträge zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung

Zu 9.: Sachstandsmitteilung und Aussprache über das Ergebnis der Einwohnerbefragung zu den gemeindeeigenen Immobilien [Vorlage Nr. 35/2017]

BM Vietor fasst das Ergebnis, die im Übrigen im Internet nachzulesen sind, wie folgt zusammen: Etwa 60% der Wähler haben sich für Alternative 1, die ausschließliche Weiternutzung des Dorfgemeinschaftshauses ausgesprochen. Etwa 36% für die Alternative 2, den Erhalt beider Immobilien im Gemeindebesitz. In Bösinghausen war die Zustimmung zu Alternative 1 etwas höher als in Waake. Die Wahlbeteiligung war relativ gering im Vergleich zur Beteiligung an der zeitgleich stattfindenden Bundestagswahl. Dieses sei durch die geringe Wahlbeteiligung der jungen Wähler (ab 14 Jahren) zu erklären.

Weiterhin informiert BM Vietor den Rat über ein Angebot, dass die Gemeinde für das Gemeindehaus erhalten habe. Danach würde der Interessent EUR 1.000 monatlich für die Nutzung des Gebäudes für die nächsten 5 Jahre bieten. Dadurch würden sich die Ausgaben für diese Immobilie deutlich reduzieren.

Auch habe in der Zwischenzeit habe ein Gespräch mit den Eigentümern des ehemaligen Gasthauses „Zur scharfen Ecke“ stattgefunden. Grundsätzlich seien sie bereit auch ihre Immobilie zu verkaufen, wenn sich ein Interessent für das Gemeindehaus und ihr angrenzendes Grundstück finde. Den Vorplatz des Gemeindehauses allein würden sie aber nicht abgeben.

Ratsfrau Großelindemann stellt die Idee zur Errichtung eines Mehrgenerationen-Wohnens vor. Hier soll die gegenseitige Unterstützung der Bewohner sowie die Nutzung von gemeinschaftlichen Anlagen im Vordergrund stehen. Ein solches Projekt würde auch die Dorfmitte bereichern z.B. durch ein Café auch für die Dorfbewohner. Zum besseren Verständnis erklärt Ratsfrau Großelindemann, dass dieses Mehrgenerationen-Wohnen nicht mit einer Begegnungsstätte zu verwechseln sei.

Ratsherr Kluge erkundigt sich nach dem Träger eines solchen Projektes und BM Vietor erklärt, dass die Gemeinde nur den Anstoß geben nicht aber den nötigen Abriss sowie Neubau finanzieren könne. Ratsherr Kluge schlägt vor, Ideen bei der geplanten Dorfversammlung vorzustellen und den Vereinen sowie dem Bauausschuss Gelegenheit zu geben, Vorstellungen und Planungen zu entwickeln. Er erinnert daran, dass schon einmal vor etwa 10 Jahren Planungen hierzu stattgefunden haben, aber nicht weiterverfolgt wurden. Jetzt sei durch die Einwohnerbefragung eine Grundlage gegeben und man könne diese umsetzen.

Ratsfrau Ehlers sieht nun die Ratsmitglieder in der Pflicht, dieses Projekt weiterzubringen. BM Vietor hat für die Planung das nächste Jahr ins Auge gefasst und schlägt vor, dass eine Arbeitsgruppe unabhängig vom Bauausschuss gebildet werden solle. Dieser Vorschlag wurde zustimmend angenommen.

Ratsherr Krull gibt zur möglichen Vermietung des Gemeindehauses zu bedenken, dass diese Immobilie eigentlich nicht vermietbar sei, da viele Mängel vorlägen, die erst beseitigt werden müssten, wie z.B. an Fenstern, Heizung und Toiletten. Hier würden wieder Mittel aus dem Haushalt benötigt.

Ratsfrau Großelindemann schlägt vor, die beiden Projekte zu trennen

1. DGH-Ideen und -Konzepte und
2. Gemeindehaus Vermietung oder Mehrgenerationen-Wohnen.

BM Vietor möchte zuerst mit den Anliegern Gespräche führen und Ideen weiterentwickeln, doch letztlich sei der Rat das Entscheidungsgremium. Hierbei solle aber nicht zu schnell entschieden werden und kreativ gedacht werden, wendet Ratsfrau Großelindemann ein.

Zu 10.: Allgemeine Vorbefassung durch den Verwaltungsausschuss [Vorlage Nr. 36/2017]

BM Vietor erläutert kurz die Fragestellung zur Gültigkeit der Entscheidung des Rates. Es stellte sich in der letzten Ratssitzung die Frage, ob der Rat eine Entscheidung gegen die Entscheidung des VA treffen kann und ob diese dann gültig sei. Ist der TOP noch im Rat behandelbar, wenn der VA den Beschluss abgelehnt hat oder von der Tagesordnung genommen hat. Gibt die Umformulierung des Beschlusses im VA dem Rat die Möglichkeit der Behandlung des TOP? Dazu schlägt er im Namen der Verwaltung vor, die unklaren Sachverhalte von der Kommunalaufsicht prüfen zu lassen.

Ratsherr Krull stellt dazu die Frage, warum dann noch im Rat abgestimmt werden müsse, wenn der Beschluss des VA gelte. Der Rat müsse seiner Auffassung nach die Möglichkeit haben, die Entscheidung des VA zu überstimmen.

BM Vietor berichtete, dass sich der VA einstimmig der Beschlussempfehlung angeschlossen habe.

Beschlussfassung:

Der Rat der Gemeinde Waake beauftragt die Verwaltung, die beiden vorgenannten Sachverhalte der Kommunalaufsicht zur Klärung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

Zu 11.: Schulbussituation in Waake und in Bösinghausen [Vorlage Nr. 38/ 2017]

BM Vietor berichtet, dass die Beschlussvorlage überholt sei, denn es gab inzwischen einen „Runden Tisch“ mit Landkreis, Nahverkehrsbetrieben und dem Kreiselternerat, der durch Frau Dr. Ann-Kathrin Oerke aus Bösinghausen auf das Problem hier in Waake und Bösinghausen aufmerksam gemacht wurde. Als Ergebnis dieser Runde wurde erreicht, dass das Problem durch die Linie 150 entschärft wird, die nun um 6:35 Uhr auch nach Bösinghausen fährt und die Kinder über Geismar zum Bahnhof bringt. So können sie ihre Anschlussbusse dort erreichen. Die Situation habe sich entspannt, doch sei nicht ganz zufriedenstellend, da der Bus sehr früh fährt, wie auch Ratsherr Ebner durch seinen Enkel erfahren musste. BM Vietor sieht es als Teilerfolg, da der geforderte Bus der Linie 173 aus Bösinghausen nicht wieder eingesetzt wurde. Er dankt allen Beteiligten, die sich für die Verbesserung der Situation eingesetzt haben.

Beschlussfassung:

Der Rat der Gemeinde Waake fordert den Landkreis Göttingen auf, die Schülerbeförderung aus den Orten Waake und Bösinghausen nach Göttingen auf den Status quo vor den Sommerferien 2017 unter Abstimmung mit den beauftragten Transportunternehmen wieder herzustellen und eine durchgehende Verbindung mit der ehemaligen Linie 173 zu schaffen.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

Zu 12.: Einwohnerfragestunde: Zuhörer haben die Gelegenheit Fragen an den Rat und die Verwaltung zu richten. Fragen, die den persönlichen Bereich betreffen, sind nicht zugelassen.

Herr Hartelt möchte noch einmal auf den Kindergarten und die Sonderöffnungszeiten eingehen und auf die Wichtigkeit der frühen Öffnungszeiten hinweisen. Ratsherr Roth erläutert, dass nicht gemeint gewesen sei, die Sonderöffnungszeiten zu streichen, nur die zusätzliche Stelle sei seiner Meinung nicht nötig, da zu wenig Kinder zu dieser Zeit gebracht würden. Ratsfrau Ehlers stimmt dem grundsätzlich zu und weist darauf hin, dass in anderen Einrichtungen für diese Zeiten auch ein zusätzlicher Beitrag erhoben werde.

Herr Lorenzen sieht auch die Dringlichkeit, dieses Problem sobald als möglich anzugehen. Weiterhin fragt er nach der Einigung mit den Eigentümern der Scharfen Ecke. BM Vietor erläutert, dass die Gemeinde darauf angewiesen sei, da ohne Einfahrtsbereich das Grundstück nicht verkäuflich sei. Die grundsätzliche Bereitschaft der Eigentümer der Scharfen Ecke ihr Grundstück zu einem angemessenen Preis zu verkaufen, sei somit die Voraussetzung für das weitere Vorgehen. Die Garage gehöre noch zum Gemeindegrund.

Herr Binnewies erachtet einen Verkauf als extrem schwierig und schlägt vor, dass Grundstück Zur Scharfen Ecke zu kaufen und dann gemeinsam mit dem Gemeindehaus zu veräußern. BM Vietor sieht das jedoch als schwierig an, da die Gemeinde nicht über entsprechende Mittel verfüge und einem Vermarktungsrisiko unterliege.

Herr Hempel erkundigt sich nach Baulasten. BM Vietor erinnert daran, dass Herr Linne auf der Infoveranstaltung ausgeführt habe, dass die Grenzabstände nicht eingehalten werden, und daher Baulasten eingetragen wurden. Als Baujahr meint er, sei etwa von 1850 auszugehen.

Nachrichtlich: Laut Wertgutachtenaus dem Jahr 2007 geht man von einem Baujahr um 1952 aus.

Herr Binnewies interessiert sich für den Mietinteressenten des Gemeindehauses. BM Vietor erklärt, dass es sich um einen Online-Versandhändler handle, er aber aufgrund der bisher nicht weitergeführten Verhandlungen keine weiteren Angaben machen wolle.

Weiterhin fragt Herr Binnewies nach dem geplanten Lärmgutachten, BM Vietor erläutert, dass es beauftragt sei und jetzt im Herbst durchgeführt werden soll, jedoch der genaue Termin noch nicht feststehe, da die Witterung und die Windbedingungen genau berücksichtigt werden müssen.

Zu 13.: Behandlung von Anfragen

Ratsherr Birke spricht den geplanten Neujahrsempfang an. Da er der Einladung eines Politikers kritisch gegenüber stehe, fragt er nach dem Stand der diesjährigen Planungen. Ratsherr Ebner findet die Idee gut, Politiker, die auch überregional tätig sind, als Gastredner einzuladen und meint, man solle jetzt zum Abschluss Herrn Trittin einladen.

Ratsfrau Ehlers berichtet, dass sie in der Fraktion der SPD dieses Thema beraten haben und zu der Meinung gelangt seien, dass zum Abschluss noch ein Politiker der Grünen eingeladen werden solle und man dann über einen anderen Personenkreis nachdenken könne.

Ratsfrau Großelindemann sieht in dieser Frage geteilte Meinungen. Einerseits seien Dorft Themen wichtig, doch sei es auch spannend, wenn man einen persönlichen Eindruck von den Politikern bekomme.

Ratsherr Krull unterstützt den Vorschlag der SPD-Fraktion und sieht es auch als glücklichen Umstand an, hier in Göttingen gleich mehrere bekannte Bundespolitiker zu haben.

Ratsherr Kluge sieht den Neujahrsempfang als eine sehr gute Möglichkeit, um Neugier zu wecken und für Gesprächsstoff in der Gemeinde zu sorgen, insofern seien die bisherigen Einladungen ein Erfolg gewesen.

BM Vietor fasst die Diskussion dahingehend zusammen, dass die Überlegung zu Beginn gewesen sei, ein Highlight zu schaffen, auch mit Personen, die nicht bei allen auf Konsens treffen und so den Bürgern Gelegenheit zu geben, Fragen zu bundespolitischen Themen zu stellen. Darum wäre seiner Meinung nach Herr Trittin eine gute Wahl, zumal er sich seinerzeit auch gegen die Ortsumgehung ausgesprochen habe und damit einen Bezug zur Gemeinde habe.

Ratsherr Roth spricht die neue Markierung zum Parkverbot Ecke Schulstraße/Am Sportplatz an, die es dem Schulbus besser ermöglichen soll, um die Kurve zu fahren. Seiner Meinung sei diese Sperrfläche zu klein. Auch Ratsherr Krull ist dieser Auffassung. Weiterhin erkundigt sich Ratsherr Roth nach dem verbogenen Gelände am Ortseingang von Bösinghausen. Dazu erklärt Frau Scharlemann-Busse, dass das Gelände zum Landkreis Göttingen gehöre, der Schaden durch einen umgestürzten Baum des angrenzenden städtischen Grundstücks verursacht wurde und Landkreis und Stadt Göttingen eine Vereinbarung haben, die Schäden auszugleichen.

Nachrichtlich: Laut Mitarbeiter des Landkreises soll die Reparatur Anfang nächsten Jahres durchgeführt werden.

Ratsherr Kluge erkundigt sich nach dem Stand der Planung für den Brothofvorplatz. BM Vietor erklärt, dass

noch keine Entwürfe vorliegen, die Umgestaltung aber für das nächste Frühjahr vorgesehen sei.
Ratsfrau Großelindemann schlägt vor, einen Bericht über die Jahresarbeit des Rates auf die Internetseite zu stellen. BM Vietor unterstützt diesen Vorschlag, er können aber von der Verwaltung nicht noch zusätzlich umgesetzt werden. Schließlich seien alle Sitzungsvorlagen und Protokolle auf der Internetseite der Gemeinde einsehbar. Dabei erinnert er an seinen Vorschlag, die Ratssitzungen live zu übertragen, der aber abgelehnt wurde.

Zu 14.: Schließung der Sitzung

BM Vietor schließt die Sitzung um 21:53 Uhr.

gez. Johann-Karl Vietor
- Bürgermeister -

gez. Elisabeth Scharlemann-Busse
- Protokoll -